

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

318

Wien, am 24. November 1932.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 24. November 1932.

Vorsitzender Weigl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr, indem er mitteilt, dass der Bürgermeister infolge der parlamentarischen Arbeiten abgehalten sei, im Gemeinderat zu Beginn der Sitzung anwesend zu sein.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetragene und die Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1931 fortgesetzt.

In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe III stellt

Grtin. Dr. Motzko (chr., soz.) zunächst mit Befriedigung fest, dass ~~der~~ wiederholt vorgebrachten Beschwerde in dem Sinne Rechnung getragen worden sei, dass der Rechnungshof nunmehr nur ein offizielles Gutachten und nicht auch noch einen Geheimbericht an den Magistrat vorgelegt hat. Der Rechnungsabschluss selbst zeigt auf allen Verwaltungsbereichen einen typischen Zug einer deutlich zutage tretenden Verdorrung. Nicht dass die Mehrheit ihr System oder ihre Methoden geändert hätte, sie hat nichts geändert und nicht vergessen, aber ihre Leistungsfähigkeit schrumpft ein, der Aktionsradius ihrer Verwaltung wird kleiner, obwohl die Gemeinde nicht mit solchen Schwierigkeiten zu rechnen hatte wie der Bund, der eine ausserordentlich grosse Haftung für die Creditanstalt übernehmen musste, der eine in keinem Verhältnis zum Personalaufwand der Aktiven stehende Pensionslast tragen muss und der immer steigende Zuschüsse und Bevorschussungen für die immer mehr anwachsenden Arbeiten der Arbeitslosenunterstützung zu leisten hat. Die Kritik, die einer der Herren der äussersten Rechten an der Bundesverwaltung geübt hat zeigt, wie die Herren von der Rechten sich bei der Kritik des staatlichen Lebens mit den Problemen auseinandersetzen.... (Lebhafte Zwischenrufe bei den Nat. soz.) Die deutschen Reichstagswahlen haben ja gezeigt, wie man mit ihnen zufrieden ist in den Hochburgen Ihrer Verwaltung. Reden ist anders als arbeiten (Lebhafte Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) Sie muss immer keppeln! (Zwischenrufe)

Grtin. Dr. Motzko Sie werden mir meine Redefreiheit nicht verkürzen (Lebhafte Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

GR. Rotter (nat. soz.) Reden Sie zu Ihren Genossen!

Grtin. Dr. Motzko Die Genossen sind ja Sie. Sie sagen ja doch, dass Sie Sozialisten sind (Andauernde Zwischenrufe) / Vorsitzender Weigl gibt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe.

Grtin. Dr. Motzko : Das Zurückgehen der Verwaltungsleistung auf allen Gebieten wirkt sich aber am katastrophalsten auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und der Fürsorge aus. Gerade hier hätten Sie so viele Wechsel einzulösen, die Sie der Bevölkerung vor den Gemeinderatswahlen gegeben haben. Damals haben Sie von den Lehrlingsheimen gesprochen, die es schon im Jahre 1931 nicht mehr gegeben hat, von den Waisenhäusern, von denen schon im Jahre 1931 4 gesperrt waren. Sie haben davon gesprochen, dass auch die Fürsorge für die Erwachsenen von neuem Geist durchweht sei. Die "Fülle der Fürsorge", von der Sie da gesprochen haben, hat sich immer nur ausgewirkt in den Jausen für die Pfründner, die zu Wahlzeiten gegeben worden sind. Tatsächlich wird in der Fürsorge mitleidslos und unbarmherzig gekürzt. Wenn ein alter Mensch 300 Schilling im Monat hat, braucht er keine Unterstützung durch die Gemeinde. Familien mit 5 Köpfen müssen mit 110 Schilling im Monat auskommen. Das steht in den bekannten Richtlinien, die Professor Tandler noch immer ableugnet, obwohl sie in jedem Fürsorgeinstitut aufliegen. Jetzt sparen Sie auch schon an den Pfründenbezügen der alten, erwerbslosen Wiener, die im Ausland wohnen. Dann haben Sie schon im vorigen Jahre, insbesondere aber in diesem Jahre

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

das Letzte, was den Menschen noch bleibt, die Aushilfen gekürzt. Dabei haben Sie, um die Verantwortung von sich abzuwälzen, die Fürsorgeräte gezwungen, bei den Kürzungen zu bleiben und keine darüber hinausgehenden Anträge zu stellen. Wenn dann jemand beim Fürsorgeinstitut randaliert, verhängen Sie über ihn Amtsverbot, und wenn es dann zu bunt wird und die Menschen vor den Fürsorgeinstituten krawallieren, haben Sie dort die Gemeindegewache aufgestellt mit ihren erprobten Fäusten, die sie am 15. Juli genugsam erprobt haben. (Lachen bei der Mehrheit). Die Leute werden einfach aus den Fürsorgeinstituten hinausgeworfen, das ist die Fülle Ihrer Fürsorge (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen. - stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Was ist mit Simmering! Sprechen Sie doch davon, was die Polizei in Simmering getan hat). Ebenso wie in der offenen Fürsorge sieht es auch in der geschlossenen Fürsorge aus. Sie sagen, dass Sie in der Fürsorge nur an Personal ersparen. Das ist durchgängig nicht richtig. In den Versorgungshäusern sind zum Beispiel an Personalausgaben 5 bis 6 Prozent, am Lebensmittelaufwand für die Pflegelinge aber 16 Prozent erspart worden (Hört Hört! bei den Chr. soz.), an Brennstoffen 9 Prozent, am Licht- und Kraftaufwand 18 Prozent. Aus dem Rechnungsabschluss liest man, dass die Leute dort wirklich Hunger haben. Es kommen immer mehr Pfründner aus den Wr. städt. Versorgungsheimen zu einem, erzählen, dass sie nicht mehr satt werden, dass sie auf Zubussen von ihren Angehörigen angewiesen sind. Es kommt zum Beispiel auch vor, dass zum Frühstück und zur Jause den Leuten nicht die ganzen Rationen gegeben werden, dass die Mittags- und Abendportionen zu klein sind. Im Obdachlosenheim haben Sie an Personalaufwand 13 Prozent, am Lebensmittelaufwand aber 27 Prozent erspart (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei den Chr. soz.). In den Mutterberatungsstellen haben Sie am Personal gar nichts, aber an ärztlichen Erfordernissen 11 bis 12 Prozent eingespart. Sie haben diese Mutterberatungsstellen mit einem ungeheuren Aufwand geschaffen und haben jede Zusammenarbeit mit unseren Organisationen abgelehnt, plötzlich erzählen Sie uns, dass 30 dieser Stellen überflüssig sind. Nur an baulichen Herstellungen wurden für die Mutterberatungsstellen seit dem Jahre 1925 fast 435.000 Schilling investiert, das heißt auf eine Mutterberatungsstelle kommt ein Bauaufwand von über 33.000 Schilling. Dieses ganze Geld ist verpulvert. Bei den Horten haben Sie an Personal 6 Prozent, bei der Jausenspeisung aber 25 Prozent eingespart. Oberdrein haben sich diese Horte als gar nicht entwicklungsfähig erwiesen. Obwohl die Besuchsziffer seit Jahren auf derselben Höhe bleibt, haben Sie in den letzten Jahren immer wieder neue Horte zugebaut und für einen Hort im Durchschnitt an Bauaufwand 62.000 Schilling verausgabt. Für Kindergärten hat man seit dem Jahre 1925 nicht weniger als $6\frac{1}{2}$ Millionen Bauaufwand gemacht, das heißt 155.000 Schilling für einen Kindergarten. Von 1926 bis 1930 hat man 40 Kindergärten zugebaut, das ist ein Zuwachs von 60 Prozent, während heute die Besucherzahl um 30 Prozent geringer ist als im Jahre 1926 (Hört! Hört! bei den Chr. soz.) In den Anstalten zur vorübergehenden Unterbringung hat man an Personalkosten 3 Prozent, an Lebensmittelaufwand für die Kinder 20 Prozent, an Pflegeerfordernissen 34 Prozent, an Reinigungserfordernissen 16 Prozent und an Unterrichtserfordernissen 81 Prozent eingespart (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei den Christlichsozialen). In den Anstalten für dauernde Unterbringung ist es nicht anders. An Personalkosten wurden 10 %, an Lebensmittelkosten 20 Prozent, an Brennstofferefordernissen 25 Prozent, an Pflegeerfordernissen 30 Prozent und beim Aufwand, den der Unterricht an den Kindern erfordert, sogar 48 Prozent eingespart. Dieses trostlose Sparen am Menschen setzt sich auch in den Krankenanstalten fort. Während an Personalkosten 0.5 Prozent eingespart

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

wurden, betragen die Einsparungen beim Lebensmittelaufwand für die Kranken nicht weniger als 27 Prozent. In den Tuberkulosenheilstätten wurden von den Personalkosten 11 Prozent, hingegen beim Lebensmittelaufwand 23 Prozent eingespart. Dafür aber steht im Vorwort zum Rechnungsabschluss, dass die Leichenbestattungsunternehmung sehr gut abgeschnitten hat, da sich im abgelaufenen Verwaltungsjahr die Sterblichkeit erhöht hat. Die städt. Leichenbestattung ist also die einzige Unternehmung, die triumphiert, sie profitiert also an Ihrer Verwaltung, fürwahr ein düsteres Symbol. Die Spure und Erfolge Ihrer Verwaltung sind unzählige Sozialleichen, sind unzählige Fürsorgeleichen. Wir können den Rechnungsabschluss nicht zur Kenntnis nehmen wohl aber die Tatsache, dass die Rampenlichter auf Ihrer Reklamebühne verlöschen, die Sie sich errichtet haben. (Lebhafter Beifall bei den Christl. Soz.)

GR. Weikert (Nat. soz.) bemerkt, dass an dem ganzem Jammer und an der unsagbaren Not, die über Wien gekommen ist, einzig und allein das Steuersystem Breitners schuldtragend ist, ein Werkzeug der kalten Sozialisierung. Sie haben nach der Marx'schen Verelendungstheorie die Massen in Not und Elend gestürzt, um dann Ihren von Ihnen so viel gerühmten Fürsorgeapparat aufzubauen. Das Steuersystem Breitners ist bereits zusammengebrochen und mit diesem Zusammenbruch ist auch der Zusammenbruch Ihrer Fürsorge gekommen. Der Bericht des Rechnungshofes zeigt, dass in Ihrer Fürsorgeverwaltung grosse Misstände bestehen. Ihr Paradeferd in der Fürsorge ist jetzt das Radiuminstitut. Während Frankreich für 46 Millionen Einwohner bloss 7 Gramm Radium hat, hat Wien für 6.5 Millionen Einwohner in ganz Oesterreich 5 Gramm Radium. In Fachkreisen weiss man nicht warum man für dieses Radiuminstitut 2.5 Millionen Schilling aufgegeben und warum man das Radium in Belgien gekauft hat. Das ist sehr aufklärungsbedürftig. An diesem Radiuminstitut, das ein sehr teures Unternehmen ist, wurde als Vorstand natürlich ein jüdischer Arzt angestellt, der sogar auf Kosten der Gemeinde nach Stockholm gefahren ist, um dort einen Schnellsiederkurs zu machen. Der Redner bespricht dann die Armenlotterie und kritisiert dann weiters, dass für die Säuglingswäsche der Gemeinde im abgelaufenen Verwaltungsjahr über 500.000 Schilling aufgegeben worden sind. Die Proletarier, sagt der Redner, können es nicht begreifen, warum diese Wahlwindeln auch am Bankdirektorensfrauen und an Fabrikantensfrauen ausgegeben werden. Hier wird nicht gesp art, wohl aber bei der armen bodenständigen Bevölkerung. GR Weikert tadelt, dass anlässlich des Baues des Stadions dem Verein Freie Schule- Kinderfreunde ein Grundstück um nicht weniger als 25.000 Schilling abgelöst worden ist, und bemerkt, dass die Gemeinde, wenn es sich um eine Organisation Andersgesinnter gehandelt hätte, sicherlich keine Ablöse gegeben hätte. Der Rechnungshof, sagt der Redner, hat bei der Wök eine durchgreifende Kontrolle verlangt, und zwar nach der Richtung, ob die Schülerauspeisungen den Anweisungen entsprechen durchgeführt werden. Die Gemeinde hat den Preis für die Auspeisung von 70 auf 63 Groschen herabgesetzt, der Schüler aber muss wöchentlich 4.20 Schilling bezahlen; die Wök wieder hat die Qualität und Quantität um 20 Prozent herabgesetzt. Die Fürsorge für Ausländer kostet der Gemeinde dank der internationalen Einstellung Ihrer Verwaltung ungeheure Summen. Was auf diesem Gebiet geschieht, ist ein Skandal. Während die bodenständigen Armen verrecken können, schicken die Nachbarländer ihre armen Siechen und Kranken nach Wien und die Gemeinde muss für deren Wartung und Pflege aufkommen. Es wäre höchste Zeit, wenn auf diesem Gebiete endlich einmal Abhilfe geschaffen werden würde. (Lebhafter Beifall bei den Nat.-soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

GR. Dr. Arnold (chr. soz.) verliest am Eingang seiner Rede die Namen der Aerzte, die in den letzten Monaten in den städtischen Wohlfahrtsanstalten ernannt/ ^{oder} befördert worden sind, Karrenzurlaube oder andere Begünstigungen erhielten, und stellt fest, dass sich unter diesen Namen eine übermässig grosse Anzahl von Personen befindet, die offenbar nicht arischer Abstammung sind. Wir verstehen sehr wohl die Tragik der Eltern, die oft unter grossen Opfern ihre Kinder studieren liessen, und die Tragik der Jungen, denen nach Abschluss des Schulstudiums ^{der Weg in} die Welt verschlossen ist. Unter dieser Tragik leiden natürlich alle in gleicher Weise, Juden und Christen, und wir billigen jedem Menschen das Recht zu, seine Ansprüche auf die notwendigen Güter dieser Welt zu erheben. Aber es gibt eine geordnete Nächstenliebe, die sich in Zeiten der Not zuerst im Kreise der eignen Familie, dann im Kreise der Glaubens- und Volksgenossen und schliesslich allen Völkern und Nationen zuwendet. Wir verstehen das nicht so, dass sich etwa STR. Tandler veranlasst fühlen möge, deshalb in erster Linie an den städtischen Wohlfahrtsanstalten solche Aerzte unterzubringen, die ihm als Glaubens- und Volksgenossen besonders nahe stehen. In solchen Zeiten der Not verlangt naturgemäss das christliche Volk von Wien, dass in erster Linie seine Kinder Anstellung und Verdienst finden, wenigstens in dem Ausmass, wie es dem Bevölkerungsschlüssel entspricht. Eine ungerechtfertigte Protektion wirkt immer aufreizend, in diesen Tagen aber mehr als sonst. STR. Speiser hat gestern erklärt, bei den Stellen an den Schulzahnkliniken handle es sich um solche, die wegen der schlechten Dotierung von arischen Aerzten nicht angestrebt werden, und bei den Krankenkassen seien vorwiegend arische Aerzte beschäftigt. Für die Krankenkassen ist das Gegenteil dessen richtig, was Stadtrat Speiser gesagt hat, und wenn er für die Stellen an den Schulzahnkliniken keine Anwärter findet, möge er sich an die Opposition wenden, die ihm für jeden dieser Posten wenigstens 100 Aspiranten vorzuschlagen in der Lage ist (Beifall bei den Chr. soz.) In der sozialdemokratischen Presse selbst wurde oft darüber geklagt, dass für infektiös Erkrankte nicht genug Vorsorge getroffen ist. Wir haben solche Vorsorgen im vorigen Jahre wieder verlangt, aber erst im Oktober dieses Jahres, also reichlich spät, hat STR. Tandler im Jubiläumsspital 120 Betten zur Verfügung gestellt, mit denen übrigens das Auslangen nicht gefunden werden kann. In der Heil- und Pflegeanstalt Steinhof mussten wegen des Ueberbelages sogar Gänge und Räume des Erdgeschosses in Krankensäle verwandelt werden. Bei diesem Ueberbelag wäre es schon eine ungeheure Ersparnis, wenn mit den Budgetziffern das Auslangen gefunden würde. Es ist daher unverständlich, dass darüber hinaus noch bei den Hauptbezügen des Personals 10 Prozent, bei den Lebensmittel fast 15 Prozent, bei der Beheizung 40 Prozent und beim Inventar mehr als 25 Prozent erspart werden konnte. Mit diesen Tatsachen stimmen allerdings überein die zahlreichen Klagen, die zu uns wegen der Unzulänglichkeit der Kost und darüber kommen, dass die Patienten frieren müssen. Fachleute versichern, dass die Irrenpflege zur Zeit der christlichsozialen Verwaltung einen gewissen Höchststand erreicht hatte, wovon man heute nichts mehr bemerkt. GR. Arnold nimmt sodann gegen den in der jüngsten Zeit gefassten Beschluss des Ausschusses III Stellung, wonach die Bedeckung der Kosten für den Anschluss der Wasserversorgung im Liesinger Altersheim an die Hochquellenleitung von Wien durch Ersparnisse an den Hauptbezügen in der Anstalt Steinhof hereingebracht werden sollen, bezeichnet ein solcher Revirement als ganz unzulässig und verlangt die Vorlage an den Gemeinderat. Er beklagt sich sodann über die ungleichmässige Behandlung der Wohlfahrtsvereine ^{der einzelnen Parteirichtungen.} Der chr. soz. Kinderschutzverein muss zum Beispiel für einen kleinen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Spielplatz eines seiner Kinderhorte in Meidling einen jährlichen Pachtzins von 100 Schilling bezahlen, während eine Frau Magda Fischer, verheiratete Rosenbaum, eine Kindererziehungsanstalt in Döbling wohleingerichtet zugewiesen bekam, samt einem Spielplatz zu dem Anerkennungszins von 1 Schilling im Jahr (Lebhaftes Hört-Hörtrufe bei den Chr. soz.) Die Kinderfreunde haben für einen halben Quadratkilometer Grund am Laaerberg, für den sie nach dem Vertrag einen Anerkennungszins von 10 Schilling hätten bezahlen sollen, überhaupt nichts zu bezahlen. Der Redner befasst sich sodann mit der Post Gemeindefriedhöfe und beruft sich auf das Gutachten des Rechnungshofes, der die Ueberschüsse in diesem Zweig der Hoheitsverwaltung als zu hoch bezeichnet hat. Um den Gewinn, der sich in der Friedhofsverwaltung ergibt, herabzumindern, hat man in jener Gemeinderatssitzung im September, in der die Gemeinderatsmehrheit in Abwesenheit der Opposition verhandelt hat, Umbuchungen vorgenommen, die förmliche Schiebungen sind. Beim Betrieb "Feuerhalle" wurde auf der vorgesehenen Kreditpost ein Betrag von 120.000 Schilling für die Ausgestaltung der Feuerhalle verschoben, während der tatsächliche Aufwand nur 700.000 Schilling betragen hat. In beiden Fällen hat man den Eindruck, dass die Voranschlagsziffern nur reine Hausnummern waren. Auch in anderen Posten werden laufende Betriebsauslagen angelastet, obwohl es sich um Investitionen handelt. Unter solchen Umständen verliert die vorgelegte Bilanz den Charakter der Wahrhaftigkeit. Es ist daher keine Pauschalverdächtigung, sondern nur das berechtigte Misstrauen der Opposition, wenn wir erklären, dass wir dem vorgelegten Rechnungsabschluss nicht zustimmen können (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.)

St. R. Prof. Dr. Tandler (soz. dem.) verweist zunächst darauf, dass das Gesamtersparnis in der Gruppe III im ganzen 2 Millionen, also nicht einmal zwei Prozent betrage, wovon 1 Million auf Ersparnisse am Personalaufwand entfallen. Die weitere 1 Million Ersparnis stammt ausschliesslich von den Anstalten her und erklärt sich daraus, dass vielleicht an einer begreiflichen Vorsicht 376.000 Verpflegungstage zu viel präliminiert wurden. Es ergibt sich daraus, dass die eingesparten Beträge niemandem weggenommen worden sind. Wenn sich nun die GRtin. Dr. Motzko über die Ersparungen die an der Verpflegung in den geschlossenen Anstalten vorgenommen werden, beklagt, so muss zunächst darauf verwiesen werden, dass die gesamte Bevölkerung des Landes im Laufe der letzten 3 Jahre ihren Ernährungsstandard wesentlich eingeschränkt hat. Die Pflöglinge, die in der Versorgung der Stadt sind, bekommen zweimal im Tag je Dreizehntelliter Milch - es ist natürlich möglich, dass ein oder das anderemal ein Pfründner weniger bekommt, woraus man aber natürlich kein Verwaltungsproblem machen darf - jeden Tag eine Suppe - jeden Tag mit Ausnahme von zwei Tagen Fleisch, jeden Tag Gemüse, nahezu jeden Tag eine Mehlspeise und ein Nachtmal. Es wird nicht viele Menschen in Wien geben, die viel besser essen. Die durchschnittliche Sterblichkeit der Menschen dieser Altersklasse in den Anstalten ist geringer als die durchschnittliche Sterblichkeit derselben Altersklasse ausserhalb der Anstalt (Hört Hört bei den Sozialdemokraten). Wenn unter solchen Umständen im Gemeinderat davon gesprochen wird, dass die Menschen in den Versorgungshäusern hungern, so bleibt einem wirklich der Verstand stehen. Dann ist heute wieder das Märchen von den Richtlinien, die ich erlassen haben soll, erzählt worden. Ich kann nur neuerlich sagen, dass ich keinerlei Richtlinien, in denen die von der GRtin. Motzko erwähnten Beträge angeführt werden, hinausgegeben habe. Es mag schon sein, dass die einzelnen Fürsorgeforsteher sich und ihren Kanzleien selbst gewisse Richtlinien aufstellen, worauf ich aber keinerlei Einfluss habe,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII Blatt

Wien, am

Wenn man weiters der von der GRTin. Dr. Motzko angestellten perzentuellen Berechnung der Ersparnisse nachgeht, wird man auch hier daraufkommen, wie ungerechtf die Kritik ist. Da wurden in irgendeiner Anstalt von den Aerzten 40.000 Schilling weniger ausgegeben, als präliminiert waren. Dafür kann man doch nicht verantwortlich machen. Dann wurde an Brennstoff erspart. Natürlich nicht deshalb, weil zu wenig geheizt wird, sondern weil es ein milderer Winter war, als wir vorausgesehen hatten. Auch dafür kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. ST.R. Tandler befasst sich sodann mit den Ausführungen der GR. Weikert zu dem Strahleninstitut und stellt „unächst fest, dass die Gemeinde Wien das Radium deshalb in Belgien gekauft hat, weil es dort billiger als anderwärts ist und weil dort wie in keinem anderen Lande grosse Mengen an Radium erhältlich sind. Der Arzt von dem GR. Weikert gesprochen hat stammt aus einer durch jüdisches Blut wenig verunzierten Gegend unseres Landes. Er ist in Traun in Oberösterreich geboren. seine Eltern leben seit Jahrhunderten in dieser Gegend. Ich kenne die arische Zusammenstezung des Blutes Ihrer Parteiangehörigen nicht so genau, dass ich sagen könnte, unter Ihnen sei jemand, der mehr arisches Blut in seinen Adern hat als Dr. Mayer (Lebhafte Heiterkeit bei den Soz. dem.) Wenn ich damit dem GR. Weikert eine ruhige Nacht verschaffen kann, so ist mir das ein Vergnügen. (Neurliche Heiterkeit bei den Soz. dem. - Dr. Hanke (nat. soz.: Sie verschaffen sich billige Triumphe. Dr. Riehl : Es war nur die Rede davon, dass er auf Gemeinkosten nach Stockholm gefahren ist). Dr. Mayer ist ein ganz ausgezeichnet ausgebildeter Mann, der 8 Jahre Assistent an der Klinik Büdinger war und er wurde von der Gemeinde Wien als Unterleiter für das Radiuminstitut gewonnen. Nun hatten wir ursprünglich den Stöckholmer Professor Forsell ^{ersucht nach Wien zu kommen} in unsere Aerzte in die Geheimnisse des Radiums einzuführen. Professor Forsell war nicht in der Lage, zu uns zu kommen, hat sich aber bereit erklärt, einen für ein Jahr nach Stockholm geschickten Arzt in die Geheimnisse des Radiums einzuführen. Wir haben nun Dr. Mayer nach Stockholm geschickt und diese Schulung ist in dem gegenständlichen Falle um so notwendiger, als ^{hier} um eine ganz neuartige Behandlung ^{stellen}, deren Geheimnisse niemand noch wirklich kennt. Was die von uns übernommenen Verpflegskosten von Kranken, die Ausländer sind, anbelangt, so bemühen wir uns hier, überflüssige Ausgaben nach Möglichkeit einzuschränken. Schliesslich befasst sich St. R. Tandler mit den Ausführungen des GR. Dr. Arnold betreffend den Steinhof und stellt fest, dass dort ^{wegen des Überbelags} tatsächlich/auch Erdgeschosse als Krankensäle adaptiert werden mussten, doch sind schon bei Erbauung des Steinhofs diese Räumlichkeiten für die eventuelle Heranziehung für Krankensälen ^{prepariert} worden. ST. R. Tandler ersucht, den Rechnungsabschluss seiner Verwaltungsgruppe anzunehmen (Lebhafte Beifall bei den Spz. dem.)

GRTin. Dr. Motzko (chr. soz.) bemerkt in einer Erwiderung auf die Ausführungen des St. R. Tandler, dass der Rückgang der Verpflegstage, von dem St. R. Tandler gesprochen habe, nicht etwa darauf zurückzuführen ist, dass die Armut in Wien weniger gross und die Anstaltsbedürftigkeit geringer geworden wäre, sondern darauf, dass für die Anstalten der Gemeinde heute gewissermassen eine Aufnahmssperre besteht. Auf der anderen Seite ergeben sich auch Ersparungen daraus, dass im Jahre 1931 eine Anzahl von Waisenhäusern geschlossen wurde. Ferner stellt GRTin. Dr. Motzko noch einmal fest, dass in allen Fürsorgekanzleien die Richtsätze von denen sie gesprochen habe, aufliegen.

Die in diesen Richtsätzen enthaltenen Ziffern werden in allen Fürsorgeämtern der Behandlung der einzelnen Fälle zugrundegelegt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

St. R. Tandler stellt noch einmal fest, dass er solche Richtlinien nie hinausgegeben habe, sondern dass es sich hier offenbar um Richtlinien handelt, die sich die Fürsorginstitutsvorstände selbst machen.

Damit ist die Debatte über die Verwaltungsgruppe III geschlossen.

In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen spricht zunächst GR. Ullreich (chr. soz.). Er erklärt, dass im abgelaufenen Verwaltungsjahr von den veranschlagten 90 Millionen Schilling nur 63 Millionen Schilling verbaut wurden. Das bedeutet, dass einige tausend Wohnungen nicht zur Ausführung gelangen konnten, deren Bau projektiert war. Diese gewaltige Einanhrückung des Wohnhausbaues wurde nur dadurch erleichtert, dass die Bundeswohnbauförderung der Gemeinde den Bau von 2000 Wohnungen ermöglichte. Die Einschränkung des öffentlichen Wohnbaues ist für die Gemeinde sehr bedenklich, da die Not der Wohnungslosen immer grösser wird. Der Redner tadelt, dass im städtischen Wohnungsamt die Ansuchen oder Anfragen der wohnungssuchenden Parteien nicht erledigt werden, da der Parteienverkehr im Wohnungsamt eine sehr problematische Sache ist. Die Folge davon ist, dass die Mandatare von den wohnungssuchenden Parteien überlaufen werden. GR. Ullreich beschäftigt sich sodann mit der Frage der Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues, wobei er bemerkt, dass der Grundsatz, der Zinsendienst für ein Anlehen müsse aus laufenden Mitteln bestritten werden, nicht zutreffend ist. Es müssen eben andere Wege gegangen werden. Ich rede der Zinserhöhung kein Wort, stelle aber fest, dass das ganze System von Grund auf mit Fehlern behaftet ist, die endlich einmal ausgemerzt werden sollen. Dazu kommt noch, dass die Gemeindeverwaltung auf dem Standpunkt steht, nur sie dürfe bauen. Die Folge davon ist wieder, dass den privaten Bauherren und insbesondere den Siedlern in Siedlergenossenschaften das Bauen riesig erschwert wird. Ein Beispiel davon ist die Haltung der Gemeinde gegenüber den Siedlern am Wolfersberg. Der Redner bespricht eingehend das Entstehen der Siedlung am Wolfersberg, wie es zu dem Baurechtsvertrag gekommen ist und den Baurechtsvertrag selbst und stellt schliesslich den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, den mit Beschluss des Gemeinderatsausschusses IV vom 18. August 1932 genehmigten Baurechtsvertrag mit den Siedlern am Wolfersberg abzuändern. Das Uebereinkommen über den zu verbessernden Baurechtsvertrag ist in Verhandlungen mit der Gesamtheit der Siedler, beziehungsweise mit deren beruflichen Vertretung abzuschliessen. Insbesondere ist die untragbare Belastung von 1.500 Schilling per Baustelle für Strassenbauzwecke zu beseitigen.

GR. Hölzl (nat. soz.) bezeichnet es als sehr bedauerlich, dass die Sparmassnahmen im Budget 1931 zum grossen Teil auch den Wohnungsbau betreffen, weil vom Baugewerbe eine grosse Anzahl anderer Gewerbe abhängt und der Ausfall sich daher hier besonders unheilvoll auswirkt. Gegenüber 1930 ist die für den Wohnbau verwendete Summe von 90 auf rund 65 Millionen gesunken. Die Bevölkerung ist der Ansicht, dass die Wohnhausbauten aus den Erträgen der Wohnbausteuer erbaut werden. Das stimmt aber nicht. Diese Steuer wirft einen Ertrag von 33 Millionen Schilling ab, während der Rest von 30 Millionen ^{von den} laufenden Einnahmen zugeschossen werden musste. Auch über die Verwendung der Mittel kann nicht immer günstiges gesagt werden. Sogar der Rechnungshof musste in zahlreichen Fällen eine Freigebigkeit in der Bewilligung von Zuschüssen zu den Mietzinsen feststellen. Es ist anzunehmen, dass diese Zuschüsse nur an Parteien erfolgen, die der Mehrheit nahestehen. Im Rechnungsabschluss wird ein Mietzinsrückstand von insgesamt 90.000 Schilling

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt .

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

ausgewiesen. Das ist aber eine glatte Hausnummer, den selbst das Kontrollamt muss zugeben, dass die Buchungen keinen klaren Einblick gewähren lassen. Es soll Wohnhausbauten geben, wo die Mehrzahl der Mieter seit Jahr und Tag keinen Zins mehr gezahlt hat. Es ist verständlich, dass die Gemeinde nicht so rigoros vorgehen kann, weil es sich meist um arme Teufel handelt, aber es gibt Fälle, in denen Leute, die keine Marxisten sind, scharf angepackt werden. In einem Gemeindebau in der Hermannsgasse 2 ist im Keller eine Schiessstätte der Schutzbündler untergebracht. Die Verwaltung der Wohnhäuser ist sehr schleppend und auch die Besiedelung geht nur sehr langsam vor sich. Gewisse Häuser weisen Aufbauten auf, die einen besonderen Zweck haben. Es sind oft Schiesscharten und Brustwehren zu bemerken. Auch bei der Vergebung der Wohnungen geht es sonderbar zu. Juden aus dem Osten bekommen die schönsten Wohnungen, während die bodenständige deutsch-ärische Bevölkerung zusammengepfercht wohnen und oft jahrelang auf eine Wohnung warten muss. Der Redner wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des STR. Speiser, der auf die Ersparungen in Braunschweig und Koburg als abschreckende Beispiele nat. soz. Verwaltung hingewiesen hat. Gewiss spart man auch in Koburg, Braunschweig, Thüringen i. Sachsen, aber ganz anders als bei uns. Während man dort die Fremden zuerst wegbefördert und den Einheimischen Grund und Boden und Wohnungen gibt, geschieht es hier umgekehrt. In Braunschweig haben die Nationalsozialisten von den Marxisten 50 Millionen Mark Landesschuld und ein Defizit von $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark übernommen. Nach $1\frac{1}{2}$ Jahren war das Budget in Ordnung gebracht. Es wurden auch Lehrer abgebaut, aber nur solche, die aufgenommen worden waren, um Parteischulen zu gründen. Die Zahl der Minister wurde verringert, die Verwaltung in Ordnung gebracht. Unter solchen Umständen kann man auch für Wien das Beste erhoffen, wenn die Verhältnisse hier sich einmal ändern. Die Mehrheit der Bevölkerung hat zu der gegenwärtigen Verwaltung der Gemeinde Wien kein Vertrauen und aus diesem Grunde wird die Partei des Redners dem Rechnungsabschluss die Genehmigung versagen. (Beifall bei den Parteigenossen).

STR. Weber (soz. dem.) weist darauf hin, dass die Gemeinde durch die Abgabenteilung rund 50 Millionen Schilling verloren hat. Es ist daher selbstverständlich, dass auch der Wohnhausbau dabei nicht unberührt bleiben konnte. Wir stehen vor der Tatsache, dass uns nur die Wohnbausteuer zur Verfügung steht, und wir haben uns bemüht, damit möglichst viele Wohnungen zu bauen, um der immer noch herrschenden Wohnungsnot entgegen zu wirken. Dass es nicht möglich war, die Wohnungsnot in Wien gänzlich zu beseitigen, daran ist nicht die Wohnungspolitik der Gemeinde schuld, sondern insbesondere die ungeheure Wirtschaftsnot, die es zehntausenden Bewohnern dieser Stadt unmöglich macht, in Untermiete zu wohnen, und sie dazu zwingt, bei der Gemeinde um eine Wohnung anzusuchen. Wir haben 1932 in Wien rund 600.000 Wohnungen, das ist um 60.000 mehr als in der Vorkriegszeit. Die Gemeinde hat aber nicht nur den Wohnbedarf der Bevölkerung innerhalb der Gemeindegrenzen zu befriedigen, sondern es findet unausgesetzt zu Zuzug aus der Umgebung statt. Diese Leute siedeln sich zunächst als Untermieter an und dann begehren sie von der Gemeinde eine Wohnung. Während ^{rund} 500 Wohnungen im Monat zur Verfügung stehen, erwachsen durch Haushaltsgründungen und gerichtliche Kündigungen 3000 Bewerbungen. Es ist daher klar, dass das Wohnungsamt eine ungeheure Arbeit zu bewältigen hat. Dazu kommt, dass von den 540.000 Bewohnern alter Wohnungen nicht weniger als rund 115.000 sich um einen Tausch von Gemeindefwohnungen bemühen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Bei einer solchen Masseninanspruchnahme sind die Geschäfte des Wohnungsamtes natürlich nicht einfach zu führen und es kommt gewiss vor, dass ein oder der andere dringliche Fall zurückgestellt wird. Aber es ist heute in Wien so, dass niemand genötigt ist, unter irgend einer Brücke oder in einem Kanal oder in einem Ziegelofen zu nächtigen. (Widerspruch bei den Nat. soz.

Es wurde auch Beschwerde darüber erhoben, dass es leere Wohnungen gibt. Es ist unmöglich, eine Wohnhausanlage von mehreren hundert Wohnungen sofort zu besiedeln. Aber auch wenn es möglich wäre, kann es nicht geschehen weil für etwaige aller dringende Fälle eine geringe Reserve vorhanden sein muss. Zu den vom Gemeinderat Hölzl bemängelnden Mietzinsrückständen bemerkt der Redner, dass der Prozentsatz von 0.89 gewiss ein sehr bescheidener ist wenn man berücksichtigt, dass die Mietzinse der Gemeinde Wien 1931 insgesamt rund 7,000.000 Betragen haben. Dies ist gewiss auch darauf zurückzuführen, dass die Mietzinse durchaus erschwinglich sind und die Parteien sich sehr bemühen, den Mietzins zu bezahlen, zumal sie wissen, dass der Mietzins lediglich zur Erhaltung der Wohnhausanlagen dient. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

STR. Frauenfeld (nat. soz.) bemerkt, die Ausführungen des STR. Weber seien eine starke Belastungsprobe für die Gutmütigkeit der Nationalsozialisten, wenn diese seit einem Monat in ihrem Bezirksamt Hernals einen Arbeiter mit Frau und Kind wohnen haben, der grundlos delogiert wurde und keine Wohnung bekommen kann. Es gehört eine gewisse Kühnheit dazu, die Wohnhauspolitik der Sozialdemokraten zu preisen, wenn der GR. Mühlberger seit 1923 mit Frau und Kind in einem Kabinett wohnen muss, und bis heute keine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung bekommen kann. Die Sozialdemokraten protzen damit, dass auf 3 Leute in Wien eine Wohnung kommt, de facto sitzen aber bodenständige Leute in Kabinetten und die Arbeiterzeitung ergreift Partei für den jüdischen Direktor von Gerngross, im Parteihaus der Nationalsozialisten der eine 6 Zimmerwohnung bewohnt und nicht hinausgehen will. Der Redner schildert nun, wie er zu seiner Wohnung gekommen ist. Seit dem Umsturz habe er sich um eine Wohnung bemüht. Nach Jahren wurde endlich durch den Tod eines Univ. Prof. eine kleine Wohnung frei, er habe sich um diese Wohnung beworben, sie wurde aber einem jüdischen Zuckervertreter aus Prag namens Goldmann zugewiesen. Dieser Mann wohnte ungekündigt in Untermiete und an dem Tage, wo die Hauptmietpartei starb, begab er sich plötzlich ins Hotel und meldete sich bei dem amtsführenden Stadtrat als Obdachloser an. Darauf wurde ihm, weil seine Rasse den amtsführenden Stadtrat wahrscheinlich angenehmer war, die Wohnung zugesprochen. Vor den Wahlen sei Redner zu einem Rechtsanwalt geäußert worden, der ihn ersuchte, die Sache nicht zu veröffentlichen, man werde ihm eine Wohnung zuweisen. Auf diese Weise habe er eine aus Zimmer Kabinett und Küche ohne Nebenräume bestehende Wohnung erhalten. Es müsse es daher als Unverschämtheit bezeichnen, wenn die sachlichen Angaben seiner Parteigenossen als unrichtig hingestellt werden. (Beifall bei den Nat. soz.)

Hierauf wird in die Verhandlung der Verwaltungsgruppe V eingegangen

GR. Perschl (chr. soz.) dass durch die Ersparungen auf dem Gebiete der Strassenpflege vor allem die Gewerbetreibenden geschädigt wurden. Die Ersparnis in der Post "sonstige Betriebsauslagen" im Betrage von 85.000 Schilling ist darauf zurückzuführen, dass im Sommer die Strassen fast überhaupt nicht bespritzt werden. In Besprechung der Post Werkstättenbetrieb bemerkt der Redner, es sei nichts dagegen einzuwenden, dass der Autobetrieb kleine Reparaturen in eigener Regie besorgt. Dagegen müssten grössere Arbeiten an die Ge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

werbetreibenden vergeben werden, die sie auch billiger leisten könnten. Im Personenwagenbetrieb stellt sich der gefahrene Kilometer auf S 1'16, was ausserordentlich hoch ist. Dagegen werden die Lohnfuhrwerker gezwungen, um 30 Groschen, bzw. wenn man den Chauffeurlohn berücksichtigt, um 22 Groschen zu fahren. Es ist unwürdig, dass eine demokratische Verwaltung so etwas verlangt. Dieses Herabdrücken des Tarifs ist auf einen Herrn zurückzuführen, der vor 1 1/2 Jahren ins Wirtschaftsamt berufen wurde und der es als seine Aufgabe zu betrachten scheint, die Fuhrwerker auszubeuten. Es ist sehr bedauerlich, dass auch im Gartenwesen gespart wurde, obwohl sehr viele Instandhaltungen notwendig wären. Was die Volksbäder betrifft, so ist hier, wenn man berücksichtigt, dass die Investitionen unter Betriebsauslagen verrechnet wurden, in Wirklichkeit ein Reingewinn von 308.000 S zu verzeichnen. Man zieht aus den Aermsten der Armen auf solche Art Nutzen. Da die Dampf- und Wannebäder unter einem verrechnet werden, kann man sich kein richtiges Bild von dem Sorgenkind der Gemeinde, dem Amalienbad, machen, das sehr schlecht besucht wird. Der Redner spricht schliesslich sein Bedauern aus, dass auch beim Strassenbau, bei den Strassenherstellungen und im Wasserleitungswesen bedeutende Ersparungen gemacht wurden (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

St. R. Richter bezeichnet es ebenfalls als äusserst bedauerlich, dass im Jahre 1931 so grosse Ersparungen auf allen Gebieten gemacht werden mussten, insbesondere auch in seinem Referate, wo es sich nur um vorübergehende Ersparungen handeln kann, da das Versäumte in zukünftigen Jahren wird nachgeholt werden müssen. Was die Beanständungen hinsichtlich der Vergebung von Reparaturen betrifft, ist festzustellen, dass immer mehr Reparaturen der privaten Industrie zugewiesen werden in dem Ausmass als die eigenen Werkstätten abgebaut werden. Der Umstand, dass der gefahrene Kilometer der Personenkraftwagen relativ hoch zu stehen kommt, ist ein Ausdruck der Tatsache, dass gespart, das heisst ^{den} zu wenig gefahren wird. St. R. Richter nimmt gegen die Ausführungen des Vorredners Stellung, dass ein bestimmter Beamter des Wirtschaftsamtes den Vertrag mit den Fuhrwerksbesitzern beeinflusst habe. Auch ist es nicht richtig, dass mit den Fuhrwerksbesitzern ein Kilometerpreis von 30 Groschen vereinbart wurde. Heute ist noch der Preis von 39 Groschen aufrecht. Dass auch die Kosten der Taxameterfahrten von Jahr zu Jahr sinken, ist auf die Einschränkung der Taxifahrten zurückzuführen. Es werden heuer kaum ein Drittel der Taxameterkosten aufgewendet wie in den vergangenen Jahren. Der Gewinn der Volksbäder ist daraus zu erklären, dass die Bevölkerung infolge des wirtschaftlichen Elends immer mehr von den teuren Bädern zu den Volksbädern abwandert. Die Verelendung schreitet in einem solchen Masse fort, dass sogar die Volksbäder ^{nun} auch schon eine Einbusse an Besuchern erleiden. St. R. Richter nimmt schliesslich gegen die Auffassung Stellung, dass das Amalienbad Verlustbringend sei. Richtig ist, dass das Amalienbad trotz Amortisation und Verzinsung aktiv ist. (Lebh. Beifall b. d. Sozialdemokraten).

In der Debatte über die Verwaltungsgruppe VI stellt

GR. Müller (chr. soz.) zunächst mit Befriedigung fest, dass aus dieser Gruppe die Lehrpersonen an den Volks- und Bürgerschulen ausgeschieden wurden, eine Post, die in diese Gruppe nie hineingehört hätte. In dieser Gruppe wurden um 500.000 S mehr eingenommen als präliminiert, ein Beweis dafür, dass aus der Bevölkerung, was nur möglich war, herausgeholt wurde. Der Redner bemängelt sodann die zahlreichen Abstriche ^{*, vor allem an} den Investitionen für die Grossmarkthalle, wo unhaltbare Zustände bestehen, dann aber auch an dem Präliminare für die anderen Markthallen. Er fragt den Stadtrat, ob es richtig ist, dass das Meidlinger Schlachthaus aufgelassen werden soll. Das Lagerhaus zeigt wieder einen Abgang von über 5000 Schilling

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Bl. Blatt

Wien, am

und der Gesamtabgang macht mehr als 5 Millionen aus. Es wäre am klügsten, dieses hohe Defizit einfach abzuschreiben, da sonst das Lagerhaus nie aktiv werden kann. Die Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten, die sich mit zirka 400 S im Monat berechnen lassen, sind zu hoch, wenn man bedenkt, dass dort nicht ununterbrochen gearbeitet wird. Durch die Uebertragung der Baustoffbeschaffung von der Verwaltungsgruppe IV in die Gruppe VI konnten wesentliche Ersparnisse an Personalaufwand erzielt werden. Es wäre nur zu wünschen, dass, wie dies der Rechnungshof verlangt, auch die städtischen Unternehmungen vom Wirtschaftsamt versorgt würden. Auch die Versorgung mit Textilien und mit Monturen müsste über das Wirtschaftsamt gehen. Der Redner ersucht um Aufschluss, wieso es kommt, dass die Bäckerarbeiter einen Lohn von 600 Schilling im Monat bekommen, also mehr, als dem Kollektivvertrag entspricht. Für die Amthäuser war eine Post von 572.000 Schilling eingesetzt, ausgegeben wurde um 188.000 Schilling weniger. Bei den Schulhäusern war 1.997.000.-- eingesetzt, ausgegeben wurde um 1 Million weniger. Die Folge davon ist, dass sich einzelne Amts- und Schulgebäude in einem Zustand befinden, der nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Bei den Lehrmitteln sollte man es so machen, wie bei der Säuglingswäsche, das nur diejenigen sie unentgeltlich bekommen, die dies in Anspruch nehmen. Für die 150.000 Schilling, die auf diese Weise erspart werden könnten, könnten 50 junge Lehrer in den Dienst der Gemeinde aufgenommen werden. Zu begrüßen ist, dass statt der Post von 5 Millionen Schilling für Ankauf von städt. Grundbesitz nur 3, 464.000 Schilling ausgegeben wurden, weil die Anhäufung von Grund und Boden durch die Gemeinde es mit sich bringen muss, dass den Privaten jede Baumöglichkeit entzogen wird. Der Redner erklärt zum Schlusse, dass seine Partei auch diese Verwaltungsgruppe nicht genehmigen könne, weil die bestgemeinte Anträge von der Mehrheit angelehnt werden. (Beifall bei den Christl. Soz.)

GR. Gratzberger (Nat. soz.) führt aus, dass wenn die schön gemachten Rechenschaftsberichte der Gemeinderatsmehrheit mit dem Wohlstand dieser Stadt Hand in Hand gingen, seine Partei wahrscheinlich nicht so grosse Erfolge aufzuweisen hätte. Die arbeitenden Menschen sind in unsere Reihen gekommen, weil sie erkannt haben, dass Sie weder Sozialisten noch Demokraten, noch schöpferisch sind, sondern höchstens eine Gemeinschaft zur Aufzucht fremder Bonzen, die meist der jüdischen Rasse angehören, dass Sie dem Volke nicht Freiheit gegeben und sich in dem Kapitalismus, den Sie seit 50 Jahren zu bekämpfen vorgeben, häuslich eingerichtet haben. Wenn Sie stolz darauf hinweisen, dass diese Stadt, was den Radiumbesitz anbelangt, heute an dritter Stelle steht, so haben Sie vergessen, dass wir mit der Zahl der Selbstmorde der Bettler und Hofmusikanten durch Ihr Verdienst heute an erster Stelle stehen.

Der Redner weist darauf hin, dass die Volkshalle des Rathauses früher als Versammlungsraum gedient hat. Als aber die nationalsozialistische Bewegung gross zu werden begann, und diesen Saal ebenfalls beansprucht hat, wurde er für Versammlungszwecke gesperrt und es wurde ein sogenanntes Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum darin untergebracht, zu dessen Präsidenten der hinausgeschmissene Bolschewik Dr. Neuraht gemacht wurde. Ueberdies erhält das Museum eine Jahresinvestition von 20.000 Schilling, Ertrag was das Museum der Stadt für Beleuchtung und Beheizung bezahlt. Redner bespricht hierauf die Verhältnisse im Lagerhaus, an dessen Abgang von 558.000 Schilling im letzten Jahr nicht, wie der Rechnungshof meint, die hohen Löhne und Gehälter und auch nicht die Accordprämien schuld sind, sondern der Umstand, dass dort Löhne für Arbeiten bezahlt werden, die nicht für das Lagerhaus gemacht werden, sondern

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

dazu dienen, parteipolitische Umtriebe zu fördern. Er bespricht in eingehender Weise das Vorgehen des Betriebsratsobmannes Alois Kasperek, der Auslage für kollegiale Zusammenkünfte und für Autofahrten sich aus der Betriebsratskasse vergüten lässt, und des Schutzbundkommandanten Orna Zeder, der nach der Behauptung des Redners weniger für das Lagerhaus, als für seine eigene Tasche arbeitet. Anzeigen die an den amtsführenden Stadtrat gerichtet wurden, haben keinen Erfolg gehabt. Es werden von Parteiwegen die Schweiner immer vertuscht, weil man es nicht wagt, gegen diese Leute vorzugehen. Es ist selbstverständlich, dass wir unter diesen Umständen dem Rechnungsabschluss nicht unsere Zustimmung geben können.

In seinem Schlusswort erwidert amtsführender STR Linder auf die Bemerkungen des GR Müller bezüglich der Lagerhäuser, dass die Erhöhung der Einnahmen aus dem günstigen Getreidegeschäft zu erklären ist, nicht aber daraus, dass an Gebühren mehr vereinnahmt wurde. An die Auflassung des Meidlinger Schlachthauses wird nicht gedacht. Eine Abschreibung des Defizites beim Lagerhaus wäre unzweckmässig, es muss vielmehr getrachtet werden, das Defizit herabzusetzen. Bezüglich des Wirtschaftsamttes sagt der Referent, dass sich auch die städtischen Unternehmungen bemühen, bei ihrer Bedarfsdeckung mit dem Wirtschaftsamtte immer mehr das Einvernehmen zu pflegen. Die städt. Bäckerei kann nicht aufgelassen werden, da sonst die Einheitlichkeit der Erzeugung und Belieferung zunichte gemacht werden würde. Wenn Herr GR. Gratzenberger der Meinung Ausdruck gegeben hat, die Volkshalle sei in ein Museum umgewandelt worden, damit der Herr Bürgermeister in seiner Ruhe nicht gestört werde, so kann ich ihm nur erwidern, er möge im Lehmann nachsehen, wo der Herr Bürgermeister wohnt. Der Herr Bürgermeister wohnt nämlich garnicht im Rathaus. Was die anderen Ausführungen des Herrn GR. Gratzenberger anbelangt, so kann ich nur sagen, dass die Beschuldigungen, soweit sie uns mitgeteilt wurden, der Behörde übergeben worden sind und die Behörde nun zu entscheiden hat, was zu geschehen hat. Vor der Entscheidung dieser Behörden kann ich mich aber nicht auf das Niveau der Ausführungen des Herrn GR. Gratzenberger begeben. (Zustimmung bei den Soz. dem. - Widerspruch bei den Nat. soz.)

Es wird die Verhandlung des Rechnungsabschlusses abgebrochen und in die Verhandlung der vorliegenden Dringlichkeitsanträge eingegangen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass zunächst ein Dringlichkeitsantrag der GR. Weikert und Genossen vorliege. Er beginnt den Inhalt dieses Dringlichkeitsantrages mitzuteilen. (Zahlreiche Zwischenrufe bei den Nat. soz.: Gestern wurden die Anträge durch den Schriftführer verlesen! Hier wird mit ungleichem Mass gemessen). Wenn es für notwendig gehalten wird, die Dringlichkeitsanträge im Wortlaut zu verlesen, wird dies geschehen, sonst nicht. Eine Vorschrift hiezu besteht in der Geschäftsordnung nicht. Der genannte Dringlichkeitsantrag verlangt, es möge der Magistrat beauftragt werden, die Marktämter anzuweisen, auf den Wr. Märkten nur dann ausländisches Gemüse und Obst zuzulassen, wenn der Bedarf so gross ist, dass ^{ihn} die einheimischen Erzeuger nicht zu decken vermögen; die Marktaufseher anzuweisen, den einheimischen Erzeugern auf den Marktplätzen die besten Verkaufsstände zuzuweisen und den Verkauf unmittelbar vom Wagen zu gestatten; dafür Sorge zu tragen, dass die Preise die üblichen Marktpreise nicht übersteigen und Käufer, die die Waren beschädigen strengstens zu bestrafen.

GR. Weikert bezeichnet die Behandlung des Antrages als dringlich, da unsere einheimischen Produkte vom Markt verdrängt, dagegen tausende Meterzentner von Gemüse und Obst aus dem Ausland auf den Wiener Markt zugelassen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

werden, wodurch die einheimischen Produzenten geschädigt werden, der Gemeinde ein Teil ihrer Einnahmen entgeht und die Arbeitslosigkeit nur vergrössert wird.

St. R. Linder spricht ~~mehrmals gegen~~ gegen die Dringlichkeit aus, da die Zulassung von ausländischen Waren eine Frage der Handelspolitik ~~sei~~ ^{sind} auf die der Gemeinderat keinen Einfluss üben könne. Auf den Märkten ~~haben~~ ^{sind} den Produzenten Plätze zugewiesen. Was der Antragsteller hinsichtlich der Marktpreise verlangt ist unklar. ~~Bei der~~ ^{Bei der} Beschädigung von Waren auf den Märkten kann sich der Verkäufer an denjenigen der die Waren beschädigt, schadlos halten. Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Die GR. Pichler und Hölzl stellen einen Dringlichkeitsantrag durch den der Bürgermeister aufgefordert wird, sofort zu veranlassen, dass den Mietern in den Gemeindehäusern gestattet wird, Untermieter aufzunehmen.

GR. Pichler (nat. soz.) führt aus, die Dringlichkeit sei dadurch gegeben, dass es möglich wäre, einer grossen Anzahl von Wohnungslosen zu einer Wohnung zu verhelfen, ^{weitere} ^{Bewohnern von Ge-} meindehäusern, die ihres Ernährers beraubt sind, eine wenn auch kleine Einnahmsquelle zu verschaffen. Auch würde durch die Bewilligung des Antrages ~~der~~ ^{der} Marktpreis auf die übrigen Wohnungen drücken. Die Nationalsozialisten sind nicht dafür, dass Arbeiter in den Wohnungen zusammengepfercht werden, aber sie wissen, dass viele Bewohner von Gemeindehäusern die Möglichkeit der Vermietung selbst dringend wünschen (Beifall bei den Nat. soz.)

St. R. Weber bemerkt, dass die städtische Wohnhäuserverwaltung in den Neubauten in Berücksichtigungswürdigen Fällen, insbesondere wenn es sich um Anverwandte handelt, die Untermieter ^{ohne} ^{hin} bewilligt. Die städtische Wohnhäuserverwaltung muss aber selbstverständlich dem Versuch, in den städtischen Häusern Massenquartiere einzurichten, und dem Versuch, sich durch Untermieten Wohnungen zu erschleichen, energisch entgegentreten. Er bittet deshalb, die Dringlichkeit des Antrages abzulehnen (Zwischenrufe: GR. Thaller (soz., dem: Sie wollen wieder Massenquartiere haben! - Gegenrufe bei den Nat. soz.)

Dem Antrage wird die dringliche Behandlung nicht zuerkannt.

Die GR. Dr. Hanke und Mühlberger verlangen in einem Dringlichkeitsantrag der Magistrat sei anzuweisen, alle Abteilungsvorstände bzw. deren Stellvertreter zu beauftragen, nicht nur den Amtsführenden, sondern auch den nicht amtsführenden Stadträten in allen Fragen, gleichgiltig welches Ressort sie betreffen, über Verlangen schriftlich oder mündlich erschöpfende Auskunft zu erteilen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

GR. Dr. Hanke (Nat. soz.) bemerkt in der Begründung der Dringlichkeit des Antrages, dass durch die Annahme des Antrages der Opposition die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Aufgaben zu erfüllen. Auch die Mehrheit dieses Hauses könne sich dieser billigen Forderung nicht verschliessen. Wir wollen an Ort und Stelle Auskunft haben, nicht aber auf dem Umweg über den amtsführenden Stadtrat.

Bürgermeister Seitz bemerkt, dass die Vorschriften betreffend das Recht des einzelnen Staatsbürgers in den einschlägigen Verwaltungsrechtsgesetzen enthalten sind. Auch die Verfassung der Stadt Wien sieht eine solche Regelung vor. Die Rechte der Korporationen, vom Gemeinderat angefangen bis zum kleinsten Unteruasschuss, sind in den einzelnen Verfassungsbestimmungen geregelt und so kann ich nur sagen, dass niemand in seinen dort festgesetzten Rechten beeinflusst wird. Die amtsführenden Stadträte sind persönlich vom Gemeinderat gewählt, sie tragen eine politische Verantwortung und hinsichtlich der politischen Verwaltung allein berufen, Auskünfte zu geben. Eine Politisierung der Beamtenschaft aber werde ich niemals dulden.

Als Vizebgm. Emmerling das Wort ergreift, ruft ihm GR. Frauenfeld zu: Der Gentleman Proletarier Emmerling hat das Wort. (Zahlreiche Zwischenrufe bei den Soz. dem.-GR. Thaller (soz. dem.): Sie haben gar nichts zu reden! Schauen Sie sich die Städte an, wo Sie die Mehrheit haben.)

Vizebgm. Emmerling: Die Unterstützung von Arbeitslosen, die in diesem Antrag verlangt wird, ist Sache des Bundes und nicht der städtischen Unternehmungen. Heute gibt es noch tausende Haushalte in Wien, die weder Gas noch elektrisches Licht haben. Wer aber Gas in seiner Wohnung eingeleitet hat, kann mit dem bescheidenen Betrag von 21 Groschen seinen ganzen Haushalt mit Gas bestreiten. Dieser Preis steht in gar keinem Verhältnis zu den Kosten die jene armen Teufel für ihr Essen aufwenden müssen, die kein Gas besitzen. Schon aus diesem Grunde erübrigt sich eine Stellungnahme zu dem ersten Teil des Antrages (Zwischenrufe). Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, so ist die darin verlangte Abstufung schon längst durchgeführt.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. (Lebhafte Zwischenrufe).

In einem weiteren Antrage der GR. Dr. Riehl und Neumann wird der Bürgermeister aufgefordert, Vorkehrungen zu treffen, die die Wiederholung von Ausschreitungen, wie sie sich am 30. September im Gemeinderatssitzungssaal ereignet haben, hintanzuhalten und dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten; weiters diejenigen Beamten festzustellen, die sich an dem Bombardement gegen die nationalsozialistischen Gemeinderäte beteiligt haben und sie im Disziplinarweg der verdienten Strafe zuzuführen; diejenigen sozialdemokratischen Gemeinderäte, durch deren Wurfgeschosse nationalsozialistische Gemeinderäte mehr oder minder schwer verletzt wurden, vor das Disziplinar-kollegium zu stellen. Da durch die geschilderten Vorkommnisse die Unfähigkeit des Herrn Bürgermeisters, die Sitzungspolizei im Gemeinderat zu handhaben, erwiesen ist, heisst es schliesslich in dem Antrag, wird er aufgefordert, sein Amt als Bürgermeister und Landeshauptmann ehestens zurückzulegen. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. - Zahlreiche Zwischenrufe. - GR. Frauenfeld Ihre eigenen Leute freuen sich schon! Die wollen Sie los werden, Herr Bürgermeister!

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) Die bedauerlichen skandalösen Vorgänge, die sich am 30. September abgespielt haben, stellen sich, wie dies objektiver Weise festgestellt worden ist, als ein Ueberfall der Mehrheit auf eine jetzt noch kleine Minderheit dar. Bei aller Besonnenheit und Ruhe, mit der wir heute die Vorfälle beobachten, müssen wir sagen: es ist in der Geschichte der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

öffentlichen Körperschaften ein ganz seltener Fall... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. - GRtin. Deutsch-Krammer : Dass man Hundspeitschen verwendet, - Zahlreiche Zwischenrufe),.. dass eine so grosse Mehrheit es für notwendig findet, sich gegenüber einer verhältnismässig kleinen Minderheit, die noch dazu einfach den Saal verlässt, die in keiner Weise die Verhandlung gestört hat, derart zu benehmen. Es ist noch zu verstehen, wenn es heute ab und zu in Körperschaften vorkommt, ^{das, wenn} eine Minderheit, die die Verhandlungen stört oder Krawalle hervorruft irgendwelchen Vertretern das Temperament durchgeht. Aber wir haben ja den Sitzungssaal verlassen (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Mit Hundspeitschen!) Wir sind ganz ruhig hinausgegangen, ich war selbst einer der ersten. Die Mehrheit sollte sich ja eigentlich vom Standpunkt der ruhigen und raschen Behandlung der Tagesordnung darüber freuen, wenn die Opposition einen Exodus veranstaltet, und sie hätte gar keine Ursache ^{sie} darüber aufzuregen. Statt dessen ist es zu derartigen Szenen gekommen, die sich auch deshalb als besonders skandalös charakterisieren, weil man nicht nur, wie das früher vorgekommen ist, gegeneinander losgegangen ist, sondern weil man hier Gegenstände geworfen hat, die heute wieder fein säuberlich an ihren Ort gebracht und hoffentlich auch angenietet worden sind. Wenn eine Minderheit, die vergewaltigt wird, zur Gewalt greift, kann man das als Notrecht qualifizieren. Wenn aber eine derartige Mehrheit es für nötig findet, gegen eine Minderheit loszugehen, muss ich das nicht nur als eine Rohheit, sondern als Feigheit bezeichnen (Lebhafter Beifall b. d. Nat. soz. - Zwischenrufe).

Bürgermeister Seitz : Herr Gemeinderat, ich rufe Sie zur Ordnung!

GR. Dr. Riehl : Wenn wir solche Anträge gestellt haben, sind sie durchaus berechtigt und wenn der Herr Bürgermeister selbst darin apostrophiert wird, so leiten wir die Berechtigung dazu aus einem Ausspruch des Bürgermeisters her, ^{ab} der selbst einmal geäussert hat, dass er unter seinem Vorsitz einen Terror nicht dulden werde. Die Mehrheit hat die Pflicht, sich ruhig und anständig zu verhalten. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Und die Minderheit Hundspeitschen zu benützen! - Zwischenrufe.) Eine Mehrheit, die die Abstimmungsmaschine in der Hand hat und die die Minderheit jederzeit niederstimmen kann, hat es nicht notwendig.... (Zahlreiche Zwischenrufe. - Rufe bei der Mehrheit: Sprechen Sie doch über die Hundspeitschen. - GR. Eisinger (soz. dem) Sie sind für die Bubokratie!) Ich werde mich mit diesem Wirrkopf, mit diesem Steinhofkandidaten nicht befassen. Wir haben die Pflicht, hier ein sehr schweres Amt zu erfüllen. Das Amt der Minderheit ist jedenfalls schwerer als das einer derartigen Mehrheit, von der überhaupt nie jemand das Wort zu ergreifen in der Lage ist, ausser den amtsführenden Stadträten. Unter diesen Umständen haben wir auch das Recht, an den Vorsitzenden zu appellieren, dass er dieses Recht der Minderheit schütze. Das war seit jeher eine Ehrenpflicht des Vorsitzenden und das ist auch die Pflicht seines Amtes. Daher ist auch unser Antrag berechtigt, ich glaube, ihn in der mildesten Form begründet zu haben, die möglich ist, weil ich es vermeiden will, dass sich abermals solche Skandale wie derholen. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XVI

Bürgermeister Seitz : Wünscht jemand noch gegen den Antrag
dringliche Behandlung der Sache zu sprechen? (Nach einer Pause) Es
dies nicht der Fall. Da ich selbst wieder persönlich angesprochen
bin, kann ich nur sagen: Mir obliegt selbstverständlich der Schutz
Minderheit und der Schutz jedes Einzelnen in diesem Saale, der etwa
gegriffen wird. Wenn aber Mitglieder des Gemeinderates andere Mit-
glieder des Gemeinderates mit waffenartigen Instrumenten angreifen (Rufe
den Nationalsozialisten : In der Abwehr !- STR. Frauenfeld : Leibriemen
Waffen!) so kann ich sie natürlich nicht schützen. Es ist eine Tatsache,
es einzelne Herren tatsächlich mit irgendwelchen Instrumenten gedroht
haben, die den Eindruck von Stahlruten oder dergleichen gemacht
haben. Ein solcher Schutz wäre mir nicht möglich, wenn ich mich selbst
derartige Händel einliesse, was ich selbstverständlich nicht tue.

47

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XVII

Wenn in diesem Antrage unter Punkt 2 die Forderung gestellt wird, dass diejenigen Beamten, die sich an dem Bombardement beteiligt haben, in Untersuchung zu ziehen und der verdienten Bestrafung zuzuführen seien, so kann ich nur sagen, dass nach den Feststellungen diese Behauptungen ^{unwahr} (Rufe bei den Nat. soz.) Ich muss daher diesen Anwurf gegen die Beamtenschaft, die ihren schweren Dienst pflichtgemäss und mit grossem Opfermut leistet, auf das Allerentschiedenste zurückweisen. (Beifall bei den Sdz. dem.)

Wenn schliesslich der Herr GR. Dr. Riehl mich einlädt, mein Amt als Bürgermeister und Landeshauptmann ehestens zurückzulegen, kann ich nur sagen, dass ich hiezu gerne jederzeit bereit bin, insbesondere aber dann, wenn es dem Herrn Dr. Riehl gelingen wird, die Mehrheit davon zu überzeugen, dass er ein besserer Bürgermeister und Landeshauptmann ist. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz. dem.)

STR. Kunschak erklärt, es sei gewiss niemand in diesem Saal, der nicht die Ueberzeugung hätte, dass alles vorgekehrt werden müsse, um eine Wiederholung solcher Szenen hintanzuhalten. Um dies auch bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen zu können, ersucht er um getrennte Abstimmung über den Punkt 1 des Antrages.

Bürgermeister Seitz: Eigentlich hätte ich nur das Recht, darüber abzustimmen, ^{zu bestimmen} ob dieser eine Antrag im Ganzen jetzt einer dringlichen Behandlung unterzogen werden soll oder nicht. Ich stehe aber nicht an, zu geben, dass hier in der Form eines Antrages eigentlich vier Anträge gestellt sind und dass daher das Begehren des GR. Kunschak sachlich berechtigt ist

Bei der Abstimmung über den Punkt 1 des Antrages, "Vorkehrungen zu treffen, die die Wiederholung derartiger Ausschreitungen hintanzuhalten"

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XVIII .
geeignet sind und dem Gemeinderat hierüber bericht zu erstatten
stimmt mit dem Nationalsozialisten und Christlichsozialen auch ein Teil
der Sozialdemokraten für die sofortige dringliche Behandlung. (Gelächter
und Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

Bürgermeister Seitz : Das ist ja keine Parteifrage. Die
Frage, ob man einen Gegenstand jetzt erörtern will oder nicht, entscheidet
sich ja nicht nach dem Parteiprogramm, sondern nach der Ansicht der be-
treffenden Person.

Bei der Abstimmung wird sowohl dem Punkte 1 wie auch den
Punkten 2 , 3 und 4 des Antrages die dringliche Behandlung nicht zuerkannt.

Hierauf wird die Sitzung um 10 Uhr geschlossen.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet nicht,
wie vorgehehen, morgen um 16 Uhr, sondern um 17 Uhr statt.